

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrsstellenabonnenten 5.— Fr. monatl. ohne Botenlohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährl.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1062, 2003, 3194.

Bemerkungen

Aus den Kritiken unserer Kameraden an der Demonstration

Die von den beiden Bergarbeiterverbänden inszenierte Demonstration am Montag, den 8. August, in Saarbrücken hat durch Verschulden der Kommunisten nicht den vorgesehenen und erwarteten Verlauf genommen. Die Kommunisten haben auf Anweisung ihrer Leitung bewußt den ordnungsmäßigen Gang des Demonstrationzuges gestört. Entgegen den Anweisungen der Bergarbeiterorganisationen drängten sich die Ortgruppen der kommunistischen „Roten Frontkämpfer“ mit mehreren roten Fahnen, Transparenten und Emblemen zur Demonstration, so verjuchend, der

Demonstration ein politisches Gepräge zu geben. Es ist ganz klar, daß die Organisationen dieses kommunistische Getöse entschieden mißbilligten. Ebenso entschieden mußten sie es ablehnen, gemeinsam mit der kommunistischen Parteileitung Verhandlungen nachzusuchen, da die Vertretung der Bergarbeiterinteressen vorerst nur Sache der Bergarbeiterorganisationen ist und nicht Sache der politischen Parteien, am allerwenigsten der kommunistischen Partei, die bisher doch nur zum Schaden der Arbeiter wirkte.

Viele unserer Kameraden, die nun den kommunistischen Aufzug mit allem Drum und Dran miterlebt haben und Augenzeuge der unlieblichen Vorgänge waren, sind geradezu empört gewesen. Der Gewerksvereinsleitung wird zum Vorwurf gemacht, sie hätte unter keinen Umständen in die Veranstaltung einer Demonstration einwilligen dürfen, da alle Erfahrungen vergangener Jahre gezeigt hätten, daß Straßendemonstrationen keine Vorteile für den Arbeiter erzwingen können, im Gegenteil, stets noch Schädigungen der Arbeiterinteressen zu verzeichnen gewesen seien. Nun fragen wir:

„War die Stimmung in den letzten Wochen vor der Demonstration auch so?“
 Nein! In vielen Mitgliederversammlungen wurde uns gesagt, wir sollten doch die angesagte Demonstration ansehen, damit die Kommunisten endlich einmal Ruhe gäben. Ja, viele unserer Mitglieder glaubten an einen Erfolg der Demonstration. Wir hätten das Geschrei einmal erleben mögen, wenn der Gewerkverein die Teilnahme an der Demonstration abgelehnt hätte. Wir sagen es heute, es war gut so, daß unsere Mitglieder und Funktionäre selbst einmal miterlebten, wie die Kommunisten wirken, um eine an sich gute Sache zu verschlagen.

Selbsterlebnisse wirken viel besser als viele schöne Worte.

Hätten wir vorher die Teilnahme an der Demonstration abgelehnt und dies mit den in Erscheinung getretenen Gehehnissen begründet, eine große Anzahl unserer Mitglieder hätten uns nicht geglaubt. Der 8. August 1927 brachte den gewerkschaftlich organisierten Bergarbeitern des Saargebietes eine Lehre für die Zukunft, die wohl immer Beachtung finden wird. Deshalb hat die Demonstration nichts geschadet.

Dann wird uns vorgehalten, die Verhaltensmaßregeln seien nicht klar gewesen, viele Leute hätten nicht gewußt, wie sie sich verhalten sollten. Auch dieser Vorwurf ist durchaus hinfällig. Die Anweisungen waren sehr genau und klar. Bei einer gewerkschaftlichen Demonstration ist

erste Voraussetzung die Selbstdisziplin eines jeden Teilnehmers.

Diese war aber nicht in dem erforderlichen Maße zu bemerken. Als die Gewerkschaftsführer sich nach der Veranstaltung im Ludwigspark an die Spitze des Zuges setzten, um den Zug durch die Stadt zu leiten, hätten unbedingt alle Gewerkschaftler folgen müssen. Anstatt dessen hörte ein Teil auf das kommunistische

Trumpetsignal und die Brandreden der Kommunistenführer. Viele Leute sagten uns, sie seien nur dorten geblieben aus Neugierde, sie hätten mal hören mögen, was die Kommunisten für ein Zeug vorzäpsten. Diese zurückgebliebenen Gewerkschaftler schlossen sich dann den roten Frontkämpfern an, nicht, weil sie mit ihnen sympathisierten, sondern lediglich aus Neugierde; durch den nachfolgenden Kommunistenpul wurden sie denn stark verwirrt.

Wie gesagt, diese Demonstration wird unsern Kameraden, die Teilnehmer waren, noch lange in Erinnerung bleiben. Das Erlebnis wird richtige Konsequenzen zeitigen. — In allen Bergbaurevieren Deutschlands haben die Kommunisten mit ihrem Zinnober abgewirtschaftet; auch hier im Saargebiet wird dies eintreten. Der Saarbergmann hat eine viel zu ruhige und besonnene Denkungsart, als daß er sich dauernd den kommunistischen Tantom gefallen ließe. Der Kommunismus ist nur für Leute aus dem

*

Die Heze gegen die Gewerkschaftsführer

Was in den letzten Wochen in der sog. „Arbeiter“-Zeitung gegen die verantwortlichen Gewerkschaftsführer gehezt worden ist, geht auf keine Kuhhaut. Der Titel: „Arbeiterverräter“ war wohl noch der vornehmste Ausdruck aus dem Karl abgenutzten, schwerleibigen kommunistischen Schimpfwörterlexikon. Nach der Demonstration wurden die Gewerkschaftsführer verdächtigt, sich an die Seite der Polizei gestellt zu haben. Diese Verdächtigung soll wohl die Blutschuld der Kommunisten verdecken. Die Gewerkschaftsführer liegen bisher die kommunistischen Schimpf- und Verdächtigungstraden über sich ergehen, eingedenk des Sprichwortes,

daß ein Tadel adeln kann.

Von den Kommunisten gelobt zu werden, wäre schließlich auch das Schlimmste, was einem anständigen Gewerkschaftsführer passieren könnte. — Der neue Präsident der Regierungskommission hat sich die Beschimpfungen der „Arbeiter“-Zeitung nicht so ruhig gefallen lassen wie die Gewerkschaftsführer, sondern dem Blatt auf einen Monat das Erscheinen verboten. Für die anständige Journalistik wirklich keinen Schaden.

Doch auch auf der Arbeitsstätte und in den Bierlokalen versuchen die Kommunisten, ihre Verbü-

chtigungen und üblen Nachreden gegen die Gewerkschaftsführer an den Mann zu bringen. So wird erzählt von den Gewerkschaftssekretären, die große Vermögen und sogar schöne Villen ihr eigen nennen, von unermesslich hohen Gehältern und dergleichen mehr. Wird so ein Schwärmer zur Rede gestellt und um Beweis erjucht, dann ist die Weisheit schnell zu Ende. Meistens geschieht dies jedoch nicht und es gibt wirklich immer noch Dumme, die einen solchen Unsinn glauben. Nur eins sei festgesetzt, wenn mancher Gewerkschaftsführer das lediglich in der Phantasie eines geirakranken Kommunisten ausgebaute Vermögen besäße, würde er sicher darauf verzichten, im Dienste der Arbeiterbewegung zu arbeiten und sich trotz aller Mühen und Sorgen unberechtigter Vorhaltungen machen zu lassen. — Zum Spaß sei noch folgendes wiedergegeben: In einem großen Bierlokal schildert ein Jünger Moskaus mit erheblichem Stimmenaufwand, wie gut es doch die Gewerkschaftssekretäre hätten; diese brauchten sich um ihr Brot keine Sorge zu machen, denn jeder Sekretär sei für

30 000 Reichsmark

versichert für den Fall, daß er unsterblich aus der Bewegung ausscheiden müsse. — Man sollte nun annehmen, daß dieser Kommunist von den anwesenden Gewerkschaftlern ausgelacht worden wäre, denn einen krasseren Unsinn kann man sich doch wirklich nicht denken. Dies geschah jedoch nicht und als ein anwesender Gewerkschaftsangehörter des Gewerkvereins den Unsinn brandmarkte, meinte der Schlaue, es sei ja möglich, daß diese Versicherung beim christlichen Gewerksverein nicht eingeführt sei, bei den freien Gewerkschaften sei sie aber sicher eingeführt, das wisse er ganz genau. — Ist solchen Leuten, die dieses dumme Zeug verlautbaren lassen, zu helfen? Wir glauben nicht daran. — Woran wir aber glauben wollen, ist, daß unsere Leute sich in Zukunft zu diesen Schwärmern etwas anders einstellen und ihr Geschwätz als das bezeichnen, was es ist. Oft soll es nur eine Entschuldigung abgeben dafür, daß man keine gewerkschaftlichen Opfer zu bringen bereit ist und andere für sich wirken und kämpfen läßt.

Unsere Kameraden werden sich durch die Verbüchtigungen nicht heitren lassen, sondern wie bisher treu zu ihrer Führung stehen, denn nur in treuer Zusammenarbeit zwischen Führung und Mitgliedschaft können die wirtschaftlichen Mißverhältnisse überwunden werden.

Der Weg zum Frieden im Saargebiet

„Was die kommunistische Bewegung im übrigen anbelangt, so wird die Regierungskommission alle Maßnahmen treffen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und zur Förderung des öffentlichen Friedens unter der Bevölkerung.“
 (Präsident Wilson an die Vertreter der Presse.)

In einer Besprechung mit den Pressevertretern gebrauchte der Herr Präsident oben zitierten Ausdruck. Es ist erfreulich, daß sich der neue Präsident mit den Zeitungsvertretern über die ernste Lage im Revier ausgesprochen hat, und bei dieser Gelegenheit die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Förderung des Friedens unter der Bevölkerung garantierte. Die Bevölkerung an der Saar hat seit dem Zusammenbruch viele Botschaften gehört, insbesondere sind den Bergleuten sehr viele Versprechungen gemacht worden; leider sind die Taten vielfach aus geblieben. Trotzdem bringen die Bergarbeiter dem neuen Präsidenten Vertrauen entgegen. Sollten sie nochmals enttäuscht werden, dann können die Folgen sich entsetzlich auswirken.

Warum ist die Sicherheit und der Friede im Saargebiet gefährdet?

Weil die Folgen einer Wirtschaftskrise im Bergbau lediglich von den Bergleuten getragen werden sollen und sich die Auswirkungen im gesamten Wirtschaftsleben empfindlich bemerkbar machen. Die Bergarbeiter — die stärkste Gruppe im Wirtschaftsleben an der Saar — sind übel dran. Das Jahr 1927 ist

ein Schreckensjahr für die Bergarbeiter. Es hing an mit einem Lohnabbau, der schon unerträglich war. Durch den Lohnabbau sollten Feiertage vermieden werden. Doch schon bald nach dem Lohnabbau kamen Feiertage und die Lage gestaltete sich noch unerträglich. Das Einkommen reichte nicht mehr aus zur Befriedigung der nackten Bedürfnisse. Nun werden die Bergleute seitens der Verwaltung getölpelt mit den Worten: „Besser einige Feiertage als die Entlassung eines Teiles der Belegschaft.“ Das haben die Bergarbeiter, bei denen das Solidaritätsgefühl stärker wie in einem anderen Beruf ausgeprägt ist, auch ein. Doch nicht lange dauerte es und dann fingen zum Schrecken der Bergleute die Entlassungen schon an. Willkürlich wurde Auslese gehalten und hunderte von Bergleuten wurden brotlos. Die Ungerechtigkeit setzte ein und solche, die in der Belegschaft mal den Organisationsgedanken besonders propagiert hatten, flogen mit solchen, die durch Krankheit oder Unfall längere Zeit gefehert hatten, aus den Betrieben. Alle Vorstellungen der Organisationen bei der Generaldirektion waren erfolglos. Das Maß war gerüttelt voll. Die Bergleute schrien ihre Not hinaus und klagten das Handelsbüro, das nie eine wirtschaftliche Absatzpolitik getrieben hatte, an. Erinnerten dann die Generaldirektion daran, daß die Organisationen seit 1920 vor einer zu starken Belegschaftszunahme erfolglos gewarnt hatten. Jeder Bergmann wurde besorgt um sich und seine Familie. Wann komme ich dran?, war die bange Frage, die

sich jeder vorlegte. Verzweiflungstimmung unter den Bergleuten war das Stigma dieser Phase. Selbst besonnen und ängstlich ruhige Familienväter wurden von dieser Stimmung befallen. Unverantwortliche Menschen, die sich sonst nie um die Beseitigung der Not unter den Bergleuten kümmerten, nahmen diese Gelegenheit aus und heizten und peitschten die Masse auf, um für ihre Ideen Propaganda zu machen. Leider verloren viele den Kopf und wurden für den Augenblick Nachläufer der Utopisten. Die Not trieb Verzweiflungstimmung machte sich breit, weil die Bergarbeiter für ihre schwere Arbeit nicht das an Lohn erhielten, was zum Lebensunterhalt unbedingt notwendig war. Diejenigen, die sich von dem früheren, schon geringen Einkommen für frische oder alte Tage etwas zurückgelegt hatten, mußten jetzt die Sparpläne abgeben, andere waren gezwungen, Schulden zu machen. Elend machte sich in der gesamten Wirtschaft des Saargebietes bemerkbar. Die Organisationsleitung, die stets dafür eintrat, daß dem Bergmann für seine schwere Arbeit ein auskömmlicher Lohn zuteil werde, mußte gegen ihren Willen beteln für die Bergleute, weil sie die Not nicht mehr mit ansehen konnte. Kaum war für die Bergleute etwas in Aussicht, da schloß schon ein Sturm ein gegen derartige Maßnahmen. Die besondere Not im Bergbau, die jeder vorher besonders herausgehellt hatte, sollte jetzt nicht mehr vorhanden sein. Die genauesten Berechnungen wurden angestellt. Von Solidarität, wie sie die Saarbevölkerung so oft in der schönsten Gestalt und der Deutlichkeit gezeigt hatte, war nicht mehr viel zu merken. Die Unterstützung der Bergarbeiter ist eine Hilfsmassnahme für den franz. Kapitalismus, so schrieb die kommunistische „Arbeiterzeitung“, und andere glaubten, derartigen Unsinn nachgeben zu müssen. Dabei haben die Bergarbeiterorganisationen nichts, aber auch gar nichts versäumt, um den franz. Arbeitgeber an seine Pflichten zu erinnern. Die Bergarbeiter holten aus zu einem gewaltigen Protest. Diese Protestkundgebung sollte die Notlage der Bergleute dem Unternehmer, der Regierung, ja der ganzen Welt vor Augen führen. Da geschah das Unglaubliche: die Kommunisten versuchten, den Rotschrei für sich parteipolitisch auszunutzen. Sie schwächten die Wirkung des Protestes. Luden eine gewaltige Verantwortung auf sich. Trotz des unvernünftigen Vorgehens der Kommunisten bleibt die Tatsache unverrückbar bestehen, daß die Bergleute elendig dran sind.

Wirksame Hilfe ist unbedingt notwendig!
Der Kommunismus im Saargebiet soll bekämpft werden, ist jetzt das Schlagwort der Gegenwart. Wir haben in der Vergangenheit die Idee des Kommunismus stets in Wort und Schrift bekämpft. Haben der Regierung und der Bergwerksdirektion Fingerzeige gegeben, doch unsere Ratschläge sind selten befolgt worden. Den Kommunisten kann die Agitation nur entzogen werden, wenn den Arbeitern für ihre schwere Arbeit das an Lohn gegeben wird, was sie zu einer anständigen, würdigen Lebenshaltung brauchen. Hunger und Elend sind die besten Agitatoren der kommunistischen Dialektik. Deshalb haben Arbeitgeber und die Regierung die Pflicht, dem Arbeiter zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen.

Die Krise im Bergbau hat die Notlage der Arbeiter, die wir alle bedauern, herbeigeführt, so führte der Präsident ebenfalls aus. Das ist richtig. Aber hat der Arbeitgeber alles getan, um die Krise abzumildern oder sie zu mildern? Wir sind nicht davon überzeugt, daß alles geschehen ist. Bei einiger Anstrengung müßte es möglich sein, die im Saargebiet lagernden Kohlen in Frankreich abzusetzen. Ferner können wir den Gedanken nicht los werden, daß die Bergverwaltung die Folgen der Krise lediglich auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen sucht. Es wird doch nicht bestritten, daß die Bergverwaltung im Jahre 1926 riesige Gewinne gemacht hat. War es angesichts dieser Tatsache notwendig, 1927 in einem Schreckensjahr für die Bergleute zu humpeln? Wäre die Verwaltung humaner vorgegangen, hätte sie auf uns gehört, dann wäre der Friede im Saargebiet nicht in der Form gestört worden. Alle, die Einfluß auf die Bergverwaltung haben, müssen ihr Gewissen erforschen. Die Fehler des Handelsbüros in der Vergangenheit in Punkt A) Abfall können nicht mehr gut gemacht werden. Doch Frankreich hat die Pflicht, für den Absatz der Kohle in der Zukunft Sorge zu tragen. Verwaltungsrat und Ministerium haben die Aufgabe, sich mit der Lage eingehend zu befassen.

darf zu sorgen, daß den Saarbergleuten für die vielen Feiertage eine Vergütung gewährt wird.

Bedinglich die sozialen Zusagen zu geben, genügt durchaus nicht. Nicht nur die Familienväter, nein — auch die Ledigen sind in Not. Für das Jahr 1927 darf kein Gewinn gemacht werden. Die ganze Welt wird den Arbeitgeber verfluchen, der in einem Jahre, wo die Arbeiter hartnäckig und von Verzweiflung gepackt, auf die Straße getrieben wurden, auch nur einen Centimes Gewinn macht. Da selbst der Gewinn von 1926 ist

nicht zu schade, um angegriffen zu werden, die Not zu lindern, die Einsicht gehalten hat. — Wird in unserem Sinne verfahren, dann wird bald der Friede Einkehr halten und der Kommunismus im Saargebiet in den letzten Zügen liegen. Er wird erledigt sein, genau wie in allen anderen Betrieben und Revieren, so die Unternehmer auf die Mahnungen der Gewerkschaftler hören. Für die Wohlfahrt der Arbeiter sorgen, ihre Nöten lindern, das sind die besten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und zur Förderung des öffentlichen Friedens unter der Bevölkerung. Ja, diese Maßnahmen werden sich besser auswirken wie Zeitungsverbot und Ausweisungen. — Deshalb Schluß mit den Entlassungen! Vergütung der Feiertage und ausreichende Maßnahmen getroffen für den Absatz der Saar Kohle.

Unsere Sicherheitsmänner zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation

Die Reolerteitung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter hatte die beim Gewerksverein organisierten Sicherheitsmänner zu einer Konferenz am Montag, den 15. d. Mts., in den Konferenzsälen des Gewerkschaftshauses einberufen. Vollzählig waren die Sicherheitsmänner der ergangenen Einladung gefolgt.

Vorweg sei es gesagt: die Stimmung der Konferenz spiegelte die derzeitige wirtschaftliche Lage im Saargebiet getreulich wieder. Der Kamerad Lenhart schilderte in großen Zügen die Arbeiten, Mühen und Kämpfe der Organisationen und zeichnete ein klares Bild von der gegenwärtigen Situation. Die von tiefem Ernst getragenen Ausführungen wurden von den Sicherheitsmännern reiflich unterstützt. In der ziemlich umfangreichen Aussprache wurde von allen Rednern aufgezeichnet, in welcher

unverträglicher Lage die Bergarbeiter des Saargebietes sich heute befinden, wie ein Arbeitgeber Nationalisierungsmaßnahmen ohne Rücksicht auf soziale und wirtschaftliche Verhältnisse durchzuführen versucht. Viele Sicherheitsmänner wußten zu berichten von

widerrechtlichen Maßnahmen in den einzelnen Betrieben, von Hohn, von Spott der Betriebsbeamten gegenüber ihren Arbeitern. Es hat tatsächlich den Anschein, als ob eine Anzahl Beamten nur darauf aus wären, die schlechten Konjunkturbedingungen

zur Stärkung ihres Nachdunkels auszuwerten, denn sonst wäre es nicht möglich, daß sich unter den zwangsweise Entlassenen Kameraden befinden, die in Beziehung auf Fleiß, Tüchtigkeit und bergmännischer Befähigung nichts zu wünschen übrig lassen, doch

auf die Straße gesetzt wurden, weil sie eben diesem oder jenem Beamten einmal unbequem geworden waren.

Es muß betont werden: alle Ausführungen der Sicherheitsmänner waren getragen vom Verantwortungsgesühl gegenüber der ihnen anvertrauten Belegschaft. Eine nicht geringe Zeitspanne nahm die Kritik der von den Bergarbeiterorganisationen angelegten Demonstration am Montag, den 8. August, in Anspruch. Durchweg alle Redner verurteilten das arbeiterfeindliche Verhalten der Kommunisten; eine besonders strenge Beurteilung fand das Vorgehen der Kommunisten am 9. und 10. August auf den einzelnen Schachtanlagen. Einmütig war die Auffassung, daß man **Feiertage nicht mit Feiertagen bekämpfen** könne und daß das Elend und der Einkommensausfall in den Bergarbeiterfamilien schon derart erheblich sei, daß man sich nicht noch selbst weitere Einkommensminderungen aufstrotzen dürfe.

Die Konferenz stellte fest, daß die Demonstration sowohl für die Gewerkschaften als auch deren Mitglieder und Funktionäre eine

Lehre für die Zukunft gewesen sei und man nun genau wisse, was man von dem schädlichen Treiben der Kommunisten zu halten habe. Die Konferenz befaßte sich auch mit den

sozialrechtlichen Verhältnissen im Saargebiet, und man kann nur sagen, daß die Aussprache über diesen schwierigen Punkt durchaus erfreulich war. Die zu dieser Sache sprechenden Sicherheitsmänner brachten alle zum Ausdruck, daß den Pensionären und Rentenempfängern unbedingt geholfen werden müsse und daß schließlich trotz der enormen wirtschaftlichen Notlage der aktiven Knappschaftsmitglieder eine weitere Beitrags-erhöhung nicht gescheit werden dürfe, damit die Pensionäre eine angemessene Lebensaufbesserung erfahren. — Der Kamerad Michels gab dann noch Aufklärung über verschiedene Punkte aus seinem Vortrag, die zu Zweifeln und Irrtümern Anlaß gegeben hatten. Die in der Knappschaftskonferenz am 7. August einstimmig angenommene

Entschließung betr. Wünsche und Forderungen zur Neugestaltung der Sozial-Versicherung wurde von den Sicherheitsmännern einstimmig gutgeheißen und mit einer besonderen Entschließung

und die Regierung hat für die Entlassenen zu sorgen, ihnen wieder Erwerb zu vermitteln und, so lange dieses nicht möglich ist, ausreichende Unterhaltungen zu gewähren. Und so lange die Generaldirektion, der Verwaltungsrat und das franz. Ministerium den Beschluß noch nicht gefaßt hat, die Feiertage zu vergüten, ist seitens der Regierung den sich in besonderer Not befindlichen Bergarbeiterfamilien zu helfen.

Auf zur Tat, muß die Lösung der nächsten Zeit sein. Und zum Schluß wollen wir nicht vergessen, nochmals zu betonen: die Not zwingt uns zu solchen Forderungen — im Uebrigen verlangen wir für die Bergarbeiter Arbeit, und für die Arbeit soviel Lohn, daß sie sorgenfrei leben können. R. Sc.

unterstützen. Die Regierungskommission und der Arbeitgeber mögen hieran erkennen, daß es der **einstimmige Wunsch aller Bergarbeiter** im Saargebiet ist, daß die Sozialversicherung eine zeitgemäße Reform erfährt.

Aus dem Vortrag des Kameraden Alois Lenhart.

Zunächst gab dann der Kamerad Lenhart ein Bild über die geschichtliche Entwicklung des Bergbaues im Saargebiet. Aus seiner Darstellung war klar zu erkennen, wie außerordentlich schwer es für die Gewerkschaften war, im Interesse der Bergarbeiter zu arbeiten und Erfolge herauszuholen. Besonders aus den Bewegungen vom März 1919, Oktober 1920 und 1923 wurden die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen. Zur gegenwärtigen Lage übergehend, wurde folgendes ausgeführt:

In den Jahren von 1923 bis Oktober 1926 war der Franken nicht stabil, sondern er zeigte starke Inflationsstendenz. Die Gewerkschaften waren gehalten, dauernd

Lohnbewegungen

einzuweisen. Eine Lohnbewegung löste die andere ab. Was in dieser Zeit an aufstrebender Gewerkschaftsarbeit von unseren Funktionären und uns geleistet werden mußte, soll nur angeklungen, nicht erörtert werden. Als der französische Franken im vergangenen Jahre stabile Neigung zeigte, haben wir rechtzeitig in unserem Fachorgan, im „Saar-Bergknapp“, in Konferenzen und Versammlungen auf die kommenden Dinge in der Saarmirtschaft hingewiesen. Wenn wir aufmerksam machten auf die

wirtschaftliche Depression,

die zwangsläufig infolge der Stabilisierung des Franken in die Erscheinung treten mußte, da wehrte man ab, weil man eben unangenehme Dinge nicht wünscht und nicht gerne hört. Wir haben uns stets als Richtschnur unseres Handelns vorgeschrieben, den Kameraden die Wahrheit zu sagen, damit sie mit uns auch die Verantwortung tragen konnten. Ueber volkswirtschaftliche Dinge entscheidet eben nicht das Gemüt, sondern der Verstand.

Die Entwicklung auf dem Weltkohlenmarkt

war seit 1918 nicht derart, daß ein Wirtschaftspolitiker sie als vernünftig bezeichnen kann. In den verschiedenen Bergbaurevieren setzte eine wilde Produktion ein, die sich kaum vereinigen ließ mit den geltenden Bedürfnissen und Notwendigkeiten. Wäre die Kohlenwirtschaft in den einzelnen Ländern nicht so oft gestört worden durch Streiks und andere Verhältnisse, z. B. durch die Besetzung des Ruhrgebietes, dann hätten wir die Erscheinungen, die wir jetzt im Saargebiet zu verzeichnen haben, schon viel früher

Wenn auch das Saargebiet in der Nachkriegszeit der Welt politisch bekannt geworden ist, so ist es andererseits doch Tatsache, daß die

Wirtschaft des Saargebietes

bei Betrachtung der gesamten Weltwirtschaft ziemlich unbedeutend ist. Ein Beispiel diene zur Orientierung: Die Kohlenförderung der Welt betrug im Jahre 1926 1.184,1 Millionen Tonnen und ist somit um etwa 3 Millionen Tonnen geringer als im Jahre 1925.

Der englische Bergarbeiterstreik, welcher ab 1. Mai bis Ende November 1926 dauerte, brachte für den englischen Bergbau einen Förderausfall von 117 Millionen Tonnen. Dieser Förderausfall wurde, wie oben angeführt, im Jahre 1926 von den übrigen Kohlengebieten der Welt spielend ausgeglichen. Wenn die gesamte Wirtschaft des Saargebietes heute vollständig aus der Weltwirtschaft ausscheiden würde, dann würde trotzdem in der ganzen Welt kein Pfund Kohle weniger verbraucht und kein Pfund Eisen weniger zur Verfügung gestellt.

Wir haben alle diese Schwierigkeiten, die sich heute vor uns aufstürmen, kommen sehen und rechtzeitig auf

diese Verhältnisse aufmerksam gemacht. Man hat unsere Hinweise unangenehm empfunden, und jetzt, wo wir vor diesen Schwierigkeiten stehen, da hören wir allerlei Vorschläge, wie diese Schwierigkeiten behoben werden könnten. So sagen die Kommunisten: „Nur die Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau kann uns retten“. Als ob wir im Saargebiet allein unabhängig von den übrigen Kohlengebieten der Welt die Sechsstundenschicht einführen könnten. Jeder vernünftige Arbeiter muß einsehen, daß eine solche Forderung nicht allein in einem solch' kleinen Gebiet, wie das Saargebiet es geographisch darstellt, in die Tat umgesetzt werden kann. Durch Einführung der Sechsstundenschicht würde sich der Fördererleistung verringern und mühe dadurch der Preis für die Kohle erheblich erhöht werden. Dann wäre es aber mit der

Konkurrenzfähigkeit der Saarkohle endgültig vorbei

und die Saargruben könnten zugeschüttet werden. Es ist verständlich, daß in einer Zeit, wo Not und Elend in den Familien der Saarbergarbeiter zu Gast ist, alles gerne angenommen und geglaubt wird, was schön klingt und wünschenswert ist. Ein Schwallung von Worten kann uns aber leider die Situation nicht erleichtern und müssen wir als Gewerkschaftler den wirklichen Verhältnissen ins Auge sehen und die Schwierigkeiten zu überwinden trachten.

Seit dem Lohnabbau haben wir nun schon 14 Feiertage

zu verzeichnen. Dadurch gingen der Saarbergarbeiterschaft mehr als 30 Millionen Franken verloren. Es ist deshalb ganz klar, daß die Bergarbeiterorganisationen alles versuchen, um die Schwierigkeiten zu beseitigen und der Not Linderung zu verschaffen. Wir haben darum mit der

Generaldirektion und mit der Regierungskommission des Saargebietes über die Zustände im Saarbergbau Verhandlungen

gepflogen. Wir hatten ganz besonders auf die Härten hingewiesen, die durch

rigorose Entlassungsmassnahmen

herausgerufen wurden. Weiterhin haben wir verlangt, daß die verabschiedeten

Neuerungen in der sozialen Gesetzgebung

baldisig in die praktische Wirksamkeit gesetzt werden. Es ist uns leider nicht gelungen, sofort fühlbare Erleichterungen zu schaffen.

Um der gesamten Öffentlichkeit ein klares Bild zu geben über die elende Lage der Bergarbeiter, haben wir uns nicht geweigert, gemeinsam mit dem alten Verband die demonstrative Veranstaltung am Montag, den 8. August, durchzuführen. Wenn nun einzelne Funktionäre uns den Vorwurf machen, weil wir uns an der Demonstration beteiligten, so bitte ich, zu bedenken, daß ein solcher Vorwurf völlig haltlos ist. Hätten wir uns nicht beteiligt, dann hätte man uns gesagt: „Der Gewertverein will die Einigkeit der Saarbergleute nicht“, und es hätte sicher viele Funktionäre gegeben, die diesen Vorwurf unterstützten. Es ist sicher: wäre die Demonstration nach dem Willen und den Anordnungen der Gewerkschaften verlaufen, würde kein Vorwurf austauschen. — Ich stelle hier nur kurz fest: wir hatten mit dem Verband vereinbart, dies auch in einem entsprechenden Rundschreiben mitgeteilt, daß keine Fahnen, keine Banner, keine Schilder, keine parteipolitischen Agitationszeichen im Demonstrationzug geführt werden dürfen.

Den Kommunisten gebührt der traurige Ruhm, diese Vereinbarung mit vollem Bewußtsein ignoriert zu haben und ist das Verhalten der Kommunisten das beste Zeichen, daß sie ein einiges Handeln der Arbeiter nicht wollten, ansonsten sie sicher die christlichen Arbeiter nicht mit ihren parteipolitischen Emblemen provoziert hätten. Für all' das, was bei der Demonstration ordnungswidrig in Erscheinung getreten ist, haben die Kommunistenführer die volle Verantwortung zu tragen. Dabei will ich nicht unerwähnt lassen, daß es nach meiner Auffassung überhaupt nicht zu unangenehmen Zwischenfällen gekommen wäre, wenn die Regierungskommission uns den Weg, den der Demonstrationzug gehen sollte, so erlaubt hätte, wie wir es wünschten und vorschlugen.

Die am Dienstag, den 9. August, im Revier zu bemerkende Verwirrung wundert uns nicht sehr. Hatten sich doch Schwanager vom Feijerverband und Petry vom Bergarbeiterverband gemeinsam mit Reinhart am Schloßplatz zusammengefunden und dort Ansprachen gehalten. Nachdem dann dort

von Unberufenen der Generallstreik für Dienstag proklamiert

worden war, konnte tatsächlich der Anschein erweckt werden, als ob die Proklamierung des Generallstreiks von den Gewerkschaften ausging. Dies war nicht der Fall.

Am Dienstag wurde dann von Funktionären der kommunistischen Partei auf den einzelnen Zechen zum

Kamerad!

Sind in deiner Zahlstelle noch Unorganisierte?

Wenn ja, führe sie heute noch dem Gewertverein zu!

Streik aufgerufen. Es ist anzuerkennen, daß sich unsere Funktionäre und Sicherheitsmänner gegen diese Streiktaktik entschieden wandten und hätten sich alle Gewerkschaftler am Dienstag und Mittwoch hinter ihre Funktionäre gestellt, und auf ihre guten Ratungen gehört, dann wären bestimmte Teile der Belegschaften um zwei Schichtverdienste besser dran.

Am Donnerstag, den 11. August, waren denn sämtliche Zechen wieder in Betrieb. Am Mittwoch, den 10. August, nachmittags 3 Uhr, hatten wir eine

Ausprache mit dem Präsidenten der Regierungskommission

in Gegenwart des Ministers Rogmann. In ausführlicher Weise berichteten wir dem Präsidenten über die Lage und verlangten:

1. Frankreich solle sämtliche Saarkohlen abnehmen, es sei dazu imstande, denn es führe mehr fremde Kohlen ein, als im Saargebiet gefördert werden. Gehe dies, dann brauchten keine Bergleute mehr entlassen zu werden;
2. die Verhältnisse der schon Entlassenen sollen mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Bergwerksdirektion überprüft werden, damit evtl. die Kameraden mit großen Familien und anderen Schwierigkeiten wieder eingestellt werden könnten;
3. Wenn die Belegschaft vermindert werden müßte, dann sollten Neuanlegungen nicht vorgenommen werden;
4. sollte die Regierung recht bald die Neuerungen in der sozialen Gesetzgebung bezgl. Angleichung an die Verhältnisse und Sätze im Reich in Kraft setzen;
5. verlangten wir erneut, daß die Regierung vermitteln soll bezüglich höherer Vergütung für die Feiertage;
6. Erhöhung der Unterstützungsätze in der Erwerbslosenunterstützung;
7. allgemeine Unterstützungsaktion für die Bergleute.

Die Regierung gab das Versprechen ab, bei der Bergwerksdirektion und der franz. Regierung in unserem Sinne zu vermitteln.

Wir beantragten außerdem eine Ausprache mit der Generaldirektion

der Saargruben; diese war am Samstag, den 13. August, vormittags 10 Uhr. Bei dieser Ausprache haben wir der Generaldirektion nochmals sämtliche Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter vorgetragen. Die Ausprache war, dessen könnt Ihr versichert sein, recht gründlich. In folgenden Punkten konnte Übereinstimmung mit der Generaldirektion erzielt werden:

Ab 1. September hören die Entlassungen, wie sie z. Zt. getätigt werden, auf. Ausdrücklich möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ab 1. September die Grubenverwaltung sich nicht ihres Rechtes entäußert hat, Entlassungen auszusprechen, jedoch sollen diese Entlassungen nicht mehr in der Form geschehen, um die Belegschaft zu vermindern, sondern gemäß den Bestimmungen der A. O. Neuanlegungen, auch solche von Jugendlichen, werden in der nächsten Zeit nicht mehr vorgenommen.

Die Verhältnisse der Entlassenen, die 4 und mehr Kinder unter 14 Jahren haben, sollen zwecks Wiedereinstellung überprüft werden.

Die Gewerkschaftsvertreter im Knappschafsvorstand sind für den 16. August, nachmittags 3 Uhr, zu einer Besprechung auf der Generaldirektion eingeladen, welche das Ziel hat, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, daß die Kameraden, die 30 und mehr Dienstjahre haben, sich ohne Schwierigkeiten pensionieren lassen können.

Zur Frage der Unterbringung der Saarkohle in Frankreich

wurde uns seitens der Generaldirektion erklärt, es sei sehr fraglich, ob Frankreich die gesamte Saarkohle abnehmen könne. Die Konkurrenz der englischen und

deutschen Kohle sei in Frankreich sehr stark. Die franz. Regierung könne auf Private — mit Ausnahme der französischen Bahnen — zwecks Abnahme der Saarkohle keinen Druck ausüben. Die englische Kohle und Ruhrkohle würde in Frankreich bedeutend billiger angeboten wie die Saarkohle. —

Im Monat August sei es möglich, 24 Schichten zu verfahren. Dies sei bereits ein Beweis dafür, daß doch schon eine gewisse Besserung eingetreten sei.

Die Verhandlungen mit der Reichsbahngesellschaft in Berlin zwecks Abnahme einer bedeutenden Menge Saarkohlen sind noch nicht abgeschlossen. Wir bemühen uns, ein solches Abkommen zustande zu bringen und bemühen uns weiterhin um eine Tarifermäßigung der Saarkohlenfrachten auf der Reichsbahn, um den Absatz zu beleben.

In den Verhandlungen glaubte Generaldirektor Döflinger betonen zu können, daß die Bergverwaltung im Saargebiet bei ihren Rationalisierungsmassnahmen viel rücksichtsvoller vorgegangen sei als dies in irgend einem Kohlengruben der Welt, besonders in England und Deutschland, der Fall gewesen sei. — Wir mußten darauf hinweisen, daß die Entlassungen im Saarbergbau viel schlimmere Auswirkungen für die Betroffenen zeitige als Entlassungen im Ruhrbergbau. Im Ruhrgebiet bestünde für den gesunden Arbeiter viel leichter eine Möglichkeit, in irgend einem anderen Betriebe lohnbringende Beschäftigung zu erhalten. Im Saargebiet seien aber die Verhältnisse so, daß das Wort „arbeitslos“ gleichbedeutend sei mit „brotlos“.

Wir haben die Krise, die über uns hereingebrochen ist, vorausgesehen und uns rechtzeitig darauf eingestellt. Wie schon angeführt, wollte man unsere rechtzeitig warnenden Rufe nicht hören, ja wir haben bei manchen Mitgliedern

nicht das erforderliche Verständnis gefunden. —

Als wir im Dezember 1926 an die Reichsregierung herangetreten waren zwecks

Unterstützung der Saarbergarbeiter,

hat mancher über dieses Vorgehen gelächelt. Wir haben durch dieses Vorgehen Erfolge für unsere Mitglieder und die gesamte Bergarbeiterschaft herausholen können. Die Ursache dieser Erfolge war unsere Stärke. Unsere Stärke ist die

ideenmäßige Einstimmigkeit zwischen Mitgliedschaft und Führung.

Wohl in keinem Gebiete der Welt ist eine einmütige Auffassung zu finden wie bei uns im Gewertverein christlicher Bergarbeiter. Diese Einigkeit müssen wir uns auch zukünftig erhalten, denn:

Einigkeit macht stark und führt zum Ziele.

Nach der eingangs geschilderten sachlichen Diskussion wurden folgende Entschliessungen einstimmig angenommen und die Gewertvereinsleitung beauftragt, die Entschliessungen an die zuständigen Stellen weiterzugeben und im Sinne derselben zu wirken.

Entschliessung:

Die heute, den 15. August, in Saarbrücken versammelten, im Gewertverein christlicher Bergarbeiter organisierten Ausschuh und Sicherheitsmänner der Saargruben weisen die Verwaltung der Gruben sowohl als die Regierungskommission erneut darauf hin, daß die gegenwärtige Situation im Bergbau des Saargebietes unerträglich ist. Neben dem Lohnabbau haben die zahlreich eingelegten Feiertage den Verdienst des Bergmannes derart herabgedrückt, daß er zum Lebensunterhalt auch bei den bescheidensten Ansprüchen nicht mehr ausreicht.

Von der Bergwerksdirektion und dem französischen Staat wird deshalb gefordert, daß die Unterbringung der Saarkohle in der dortigen Wirtschaft ermöglicht wird. Bei den bisher erzielten Betriebsergebnissen muß die Unterbringung auch dann möglich sein, wenn hierzu Frachterleichterungen oder zeitweilige Reduzierungen der Kohlenpreise notwendig sind.

Die bisher geübte Methode der dauernden Ablegung hat in der Belegschaft grohe Erregung hervorgerufen. Durch diese Maßnahme wurde die Arbeitsfreudigkeit unterdrückt. Nachwirkungen auf das Produktionsergebnis war die Folge.

Die Konferenz hofft, daß die Bergwerksdirektion nunmehr eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Zustände schafft. Nur so wird die ruhige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich sein.

Die beim Gewertverein christlicher Bergarbeiter organisierten Sicherheitsmänner haben Kenntnis genommen von der Entschliessung der Knappschafskleinstenkonferenz betreffend Wünsche und Forderungen zur Neugestaltung der sozialen Gesetzgebung des Saargebietes. Die Sicherheitsmänner machen sich diese Forderungen vollständig zu eigen und geben der Erwartung Ausdruck, daß diese berechtigten Forderungen gehührende Berücksichtigung finden.

